

119 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

**Einspruch des Bundesrates
gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates
vom 20. Oktober 1983 betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird**

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER VORSITZENDE DES BUNDESRATES
Zl. 182/2-BR/83

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den
Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Okto-
ber 1983 betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert
wird

in Verhandlung genommen und beschlossen, gegen
diesen Gesetzesbeschluß mit der angeschlossenen
Begründung Einspruch zu erheben. %

Hievon beehre ich mich im Sinne des Art. 42
Abs. 3 B-VG die Mitteilung zu machen.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates
auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis
gebracht.

8. November 1983

Göschelbauer

%

**Begründung
des Einspruches des Bundesrates vom
8. November 1983 betreffend den Gesetzesbe-
schluß des Nationalrates vom 20. Oktober
1983 über ein Bundesgesetz, mit dem das Post-
gesetz geändert wird**

Diese Novelle zum Postgesetz ist ein Teil des
Belastungspakets der sozialistischen Koalitionsre-
gierung. Die Postkunden werden zum einem Opfer
von nahezu einer Milliarde Schilling gezwungen,
obwohl die Tarifierhöhungen aus der Finanz-
situation der Post gar nicht erforderlich sind, weil
sie Gewinne erzielt. Die Post hat hier nur die Funk-
tion, für den Finanzminister Steuern einzutreiben.

Statt zu sparen und die öffentliche Verschwen-
dung zu stoppen, werden die Bürger neuerlich und
massiv zur Kasse gebeten. Im Belastungspaket ste-
hen 30 Milliarden Belastungen nur knapp 2 Milliar-
den Schilling Einsparungsankündigungen gegen-
über.

Nach übereinstimmenden Aussagen der österrei-
chischen Wirtschaftsforschungsinstitute hat näm-
lich das Belastungspaket der Bundesregierung fol-
gende Auswirkungen:

- Die Inflationsrate wird im nächsten Jahr um 1¼
Prozentpunkte erhöht (also um die Hälfte).
- Das Wirtschaftswachstum wird real von 1,5%
auf 0,5% gesenkt (also um zwei Drittel).
- Die Arbeitslosenrate steigt um 0,7 Prozent-
punkte bzw. fast 20 000 Personen.
- Die Realeinkommen werden um einen Prozent-
punkt verringert und
- der private Konsum, der derzeit im Ausland
einen wesentlichen Wirtschaftsmotor darstellt,
wird um 2,5 Prozentpunkte verringert.

Das auf Mallorca erfundene und durch die der-
zeitige Bundesregierung noch erweiterte Bela-
stungspaket trifft also nicht nur die sozial schwä-
cheren Bevölkerungsgruppen besonders stark, son-
dern es ist auch ein echter Hemmschuh für einen
möglichen Wirtschaftsaufschwung. Das Steuerpa-
ket bewirkt eine Umverteilung zum Staat, verlangt
von den Bürgern beträchtliche Opfer und gefährdet
tausende Arbeitsplätze, ohne den Staatshaushalt zu
sanieren.

Aus all diesen Gründen erhebt der Bundesrat
Einspruch gegen den im Titel zitierten Gesetzesbe-
schluß des Nationalrates.